21.4512

Postulat Graf-Litscher Edith. Massnahmen für einen besseren Schutz gegen Ransomware-Angriffe

Postulat Graf-Litscher Edith. Améliorer la protection contre les rançongiciels

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.22
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.06.22

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Das Postulat wird von Herrn Erich Hess bekämpft.

Graf-Litscher Edith (S, TG): Cyberangriffe über Verschlüsselungstrojaner, sogenannte Ransomware, gehören zu den grössten Cyberbedrohungen für unsere Wirtschaft und Verwaltung. Solche Angriffe sind für Cyberkriminelle attraktiv, weil es einerseits mit vergleichsweise wenig Aufwand gelingt, Systeme zu verschlüsseln, und weil andererseits immer wieder Unternehmen und Organisationen viel Lösegeld bezahlen, um die Verschlüsselungen rückgängig zu machen. Die Schweiz ist, wie alle hochentwickelten Länder, ein attraktives Ziel für solche Angriffe. Leider muss auch festgestellt werden, dass immer wieder Lösegeld bezahlt wird, obwohl die Behörden darauf hinweisen, dass durch Lösegeldzahlungen das Geschäftsmodell der Kriminellen gestützt wird. Mit jeder Zahlung steigt die Bedrohung, weil die Kriminellen diese Ressource nutzen können, um ihre Angriffe fortzuführen und weiterzuentwickeln.
Beinahe wöchentlich werden Fälle von Ransomware-Angriffen auf Schweizer Unternehmen und Organisationen bekannt. Da die Schweiz keine Meldepflicht für Cyberangriffe kennt, dürfte die effektive Anzahl an Angriffen noch deutlich höher liegen. Gemäss einer aktuellen Studie des IT-Sicherheitsdienstleisters Sophos sind 60 Prozent der Unternehmen in der Schweiz von Ransomware betroffen. Aufgrund der Ausmasse solcher Angriffe ist es Aufgabe und im Interesse des Staates, solchen Cyberbedrohungen in Zukunft gezielter entgegenzutreten. Die Schweiz hat viele KMU, die im internationalen Vergleich sehr zahlungskräftig sind. Das macht sie zu einem äusserst attraktiven Ziel für Ransomware-Angriffe.
Das Zusammenspiel zwischen Behörden, Unternehmen und Versicherungen ist wie der Regulierungsbedarf noch zu unklar. Die Schweiz sollte hier im Interesse der Wirtschaft Klarheit schaffen. Das ermöglicht es dann auch privaten Anbietern, Lösungen zum Schutz vor Ransomware anzubieten. Für die Sicherheit der Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort Schweiz ist es von grosser Bedeutung, dass der Schutz vor Ransomware gestärkt wird.
Ich bitte Sie deshalb, mit mir zusammen den Bundesrat aufzufordern, darzulegen, über welche Massnahmen dies erreicht werden kann.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Herr Erich Hess verzichtet auf ein Votum.

Maurer Ueli, Bundesrat: Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen und Massnahmen aufzuzeigen. Es entstehen tatsächlich grosse wirtschaftliche Schäden durch diese Angriffe, und gerade im Bereich von KMU, die hierin nicht so vorbereitet sind oder die sich nicht mit dieser Angelegenheit befasst haben, entstehen dann hohe Lösegeldforderungen. Wir sind daran, die Cyberabwehr weiter zu stärken; der Bundesrat plant die Zusammenführung aller Cyberabwehrkräfte in einem Bundesamt, um hier mehr Ansprechstellen zu schaffen. Es ist einfach ein Gebot der Stunde, vor allem die Leute, die sich noch nicht damit befasst haben, aufzuklären und Möglichkeiten zu schaffen, sich dagegen zu wehren. Denn der wirtschaftliche Schaden, der dadurch entsteht, ist zu gross, als dass man das einfach laufenlassen könnte.
In diesem Sinne sind wir mit der Annahme des Postulates einverstanden.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 21.4512/25137)
Für Annahme des Postulates ... 87 Stimmen
Dagegen ... 86 Stimmen
(6 Enthaltungen)